Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 127

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postgeld. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 17. März

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 30 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Attentate

Noch ehe es gelungen ist, den ruchlosen Anschlag auf die Siegessäule in Berlin aufzuklären, ist ein zweites Verbrechen geschehen. Wenn in Berlin keine Menschenleben zu beklagen sind und das Zugunglück bei Halle sich in verhältnismäßig engen Grenzen hält, so ist das nur wie auf ein Wunder zurückzuführen. Denn zweifellos sollte durch die Sprengung der Siegessäule nicht nur ein Wahrzeichen deutscher Größe vernichtet werden, sondern es war beabsichtigt, auch unter der deutschen Bevölkerung ein Blutbad anzurichten, und die Bahnfrevler in Halle hatten es gewiß nicht auf Güterzüge, sondern auf den nach München fahrenden Nacht-Schnellzug abgesehen. In beiden Verbrechen liegt die Tendenz, nicht in erster Linie Materialschaden anzurichten, sondern durch Bluttaten Verwirrung in die Bevölkerung zu bringen, diese einzuschüchtern und vom öffentlichen Leben abzudrängen, um dann den dunklen Gestalten der Kaschemmen und der kommunistischen Bureaus die Oberhand zu verschaffen.

Was in diesen beiden Fällen im großen geschah und hoffentlich die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf sich lenken wird, spielt sich im Regierungsbezirk Merseburg und besonders in der Umgegend von Halle im kleinen sozusagen jeden Tag ab. Die Oeffentlichkeit ist hier so an Meldungen über Feld- und Industriediebstähle, an Terror, Mordversuche und ähnliches gewöhnt, daß die Nachrichten darüber aus Gerichtsverhandlungen vor dem Schöffengericht und der Strafkammer in Halle, von denen die hiesigen Zeitungen täglich voll sind, kaum noch beachtet werden. Was früher wie ein ungeheuerliches Ereignis besprochen worden wäre — wenn beispielsweise ein Gärtner nach der Arbeit in den Anlagen an der Saale von maskierten Räubern überfallen, beraubt und in den Fluß geworfen wird und sich nur schwimmend nach dem anderen Ufer zu retten vermochte — das wird heute gleichgültig hingenommen wie die Tatsache, daß an einem Tage die Sonne weniger scheint als an anderen Tagen. Oder welche Entrüstung würde früher durch die Linkspresse gegangen sein, wenn ein Fabrikant einen Arbeiter entlassen hätte, weil er sozialdemokratisch ist! Heute dagegen, wo wir nicht mehr im „Obrigkeits"-Staate, sondern im freien „Volks"-Staate leben, wird es von der breiten Oeffentlichkeit wie eine Selbstverständlichkeit hingenommen, wenn jüdische Geschäftsleute — wie es jüngst in Halle geschehen ist — ihren Angestellten mit Kündigung drohen, falls diese nicht ihren Austritt aus dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband erklären sollten. Auch der Mordanschlag auf den in Halle als Redner sehr geschätzten Schriftleiter August Abel im vergangenen Sommer hat in der aufgeregten Zeit nur wie ein leichtes Wellengekräusel im Wasserglase wirken können. Solche Dinge geschehen hier zu oft, als daß die breite Oeffentlichkeit sich darüber noch groß aufregen könnte. Wenn sie dagegen auch in anderen Städten und namentlich in Fabrikorten vorkommen, dann entsteht allmählich ein Zustand, in dem die Behörden nicht mehr ein noch aus wissen, in dem alle staatliche Ordnung auseinanderreißt und alles gesittete Zusammenleben der Menschen in dem Chaos des Kommunismus versinkt. Daß dieser Zustand nicht mehr fern sein kann, bringt der Aufruf des Oberpräsidenten Hörsing an die „Frauen, Arbeiter, Bürger des Industriereviers im Regierungsbezirk Merseburg" zum Ausdruck, der wie der Aufschrei eines zu Tode Gequälten anmutet. Was Hörsing darin von den Zuständen in unserer Gegend sagt, wird als ewig denkwürdiges Dokument sozialistischer Regierungsunfähigkeit Geltung behalten: „Wilde Streiks, Raub und Plünderungen der ersten Zeit wurden von Banden-, Einzeldiebstählen, Terror, Sachbeschädigungen, Erpressungen und Körperverletzungen der letzten Zeit abgelöst. Der wilde Streik wurde immer als Druckmittel benutzt; er schützte Verbrecher aller Art, hielt sie im Verborgenen und zog so direkt Verbrecher heran." Wenn man hierzu auch noch Mordversuche, Raub und Plünderungen in der Gegenwart rechnet, dann wird das Bild des sozialistischen Paradieses einigermaßen vollständig gezeichnet. Auch das verdient aus dem Aufrufe Hörsings noch besonders hervorgehoben zu werden: „Demonstrationen ohne Ziel und Zweck werden veranstaltet, und schließlich erpressen bewaffnete Banden unter Führung einzelner, verantwortungsloser Menschen vom Unternehmer die Zusage der Lohnzahlung für die Zeit der Nichtarbeit. Gesetzwidrig werden in den Werkstätten Versammlungen während der Arbeitszeit abgehalten, sofort gestreikt und der tollste Terror ausgeübt, wenn der Unternehmer für die Versammlungszeit nicht bezahlen will. Bei jedem wilden Streik, der immer nur von einigen wenigen Leuten angezettelt wird, werden die einsichtigen und vernünftigen Arbeiter mit Knüppeln und Waffen terrorisiert und von der Arbeit ferngehalten." Aehnlich ist das Auftreten dieser finsteren Gestalten auch in politischen Versammlungen besonders des Schutz- und Trutzbundes zu beobachten. Da drängen sich in den Seitengängen des Saales elegant gekleidete Personen männlichen und weiblichen Geschlechts mit fremdländischem Typus, mit ausgesprochener Verbrecherphysiognomie und dem dazugehörigen Gewerkschaftsjargon und hetzen, meist in gebrochenem Deutsch, junge deutsche Arbeiter gegen die eigenen Volksgenossen, um die Versammlung zu stören oder gar zu sprengen. Die eigentlichen Drahtzieher werden dann niemals gefaßt, sondern in Versammlungen wie in Fabriken nur deren willenlose deutsche Gefolgschaft. Die Drahtzieher selbst, die man nicht selten auch in den Logen der hiesigen Theater antreffen kann, haben selten feste Wohnung und werden von deutschen Kommunistenführern verborgen gehalten.

Der Oberpräsident Hörsing bezeichnet als die Urheber dieser Verbrechen nun nicht die Kommunistische Partei „als solche", sondern „internationale Verbrecher". Er würde der Allgemeinheit einen größeren Dienst geleistet haben, wenn er die Dinge auch hier beim rechten Namen genannt hätte. Denn diese „internationalen Verbrecher" sind doch nichts anderes als die eigentlichen Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, deren gesamtes Handeln durch die Weisungen aus Moskau bestimmt wird. Die Sowjetregierung ringt gegenwärtig mit dem Tode, und da versuchen ihre Agenten in Deutschland durch Verübung von Putschen und Attentaten Aufstände herbeizuführen, um durch einen Anschluß an Sowjetrußland das sinkende Schiff der dortigen Judenherrschaft zu retten. Die Kommunistische Partei wirkt in Deutschland nicht anders als die Organisation des bewußten Verbrechertums. Das wird in Deutschland nicht nur von „Reaktionären", sondern, Hörsing selbst eingesteht, auch von „ganz linksstehenden Arbeitern" erkannt, die diesem offen gesagt haben: „Dieses Treiben sei ein Werk der Kommunistischen Partei". Auch Scheidemann hat einmal in einer Anwandlung von Wirklichkeitssinn geäußert, daß die Kommunistische Bewegung nicht von politischen, sondern nur von kriminellen Gesichtspunkten aus betrachtet werden könne.

Ueber den Aufruf Hörsings ließe sich noch manches auch für die Sozialdemokratie recht lehrreiches sagen. Denn der Kommunismus ist in allem nur die logische Konsequenz des Sozialismus, und was vom ersteren hier gesagt ist dazu bat der letztere die Wurzel gelegt. Heute sei nur die praktische Nutzanwendung daraus gezogen. Dem Reichstage liegt bekanntlich auf Anordnung der Entente ein Gesetzentwurf auf Auflösung der Selbstschutzorganisationen vor. Die Sozialdemokratie hat sich mit Entschiedenheit für den Gesetzentwurf ausgesprochen, der Oberpräsident und Reichstagsabgeordnete Genosse Hörsing dagegen bringt mit seinem Aufruf — ganz gewiß unbeabsichtigt!! — das einwandfreiste und durchschlagendste Beweismaterial gegen ein solches Gesetz und für die Notwendigkeit der Selbstschutzorganisationen. Es würde vom Reichstage mehr als leichtfertig gehandelt werden, wenn er nach diesem Aufrufe Hörsings den eingebrachten Entwurf Gesetz werden lassen wollte. Vielleicht kommt nach diesem Zeugnis aus dem Munde eines führenden und beamteten Genossen auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion noch im letzten Augenblick die Besinnung und verhindert weiteres schweres Unheil. Für den Genossen Hörsing, der die Selbstschutzorganisationen in der Provinz Sachsen seiner Zeit verbot, aber bedeutet sein Erlaß eine einzige große Verurteilung seiner amtlichen Tätigkeit. Wenn in der Provinz Sachsen die Einwohnerwehren nach bayerischem Muster noch beständen, dann würden niemals die Zustände möglich geworden sein, wie sie der Erlaß jetzt zur Schande der Sozialdemokratie schildern muß.

h. b.

Der bayrische Protest

Um die Einwohnerwehren

w. München, 16. März.

Der Wortlaut der von der bayerischen Regierung unter dem 8. Februar 1921 an die Reichsregierung in Berlin gerichteten Erklärung wird nunmehr amtlich bekanntgegeben. — Die Erklärung lautet:

„Die bayerische Regierung hat in der Frage der Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren bisher unverrückbar an dem Standpunkt festgehalten, daß 1. die Forderung der Auflösung im Friedensvertrag keine Begründung habe und daß demzufolge eine rechtlich begründete Verpflichtung der deutschen Regierung zur Auflösung der Einwohnerwehren von den alliierten Mächten nicht in Anspruch genommen werden könne, 2. die Entwaffnung der Einwohnerwehren ist zwar grundsätzlich in Aussicht zu nehmen, ihre Durchführung in dem vom Gegner vorgeschriebenen Zeitmaß und zu dem von ihm bestimmten Termin aber nicht möglich, da mit Rücksicht auf die bestehende Bedrohung der staatlichen Ordnung auf der einen Seite und der dem Staat und Reiche zur Verfügung stehenden ungenügenden Machtmittel auf der anderen Seite der Bevölkerung die gegenwärtige Selbstschutzorganisation nicht entrissen werden könnte und auch gar nicht entrissen werden könne, da sie diesem Versuch Widerstand entgegensetzen würde. In diesem Standpunkt hält die bayerische Staatsregierung auch der Pariser Entwaffnungsnote gegenüber fest. Sie ist der Meinung, daß alles, was über den Friedensvertrag hinausgeht, strikte abgelehnt werden muß, und daß es sachlich und praktisch unrichtig sei, die Entwaffnungsfrage von der Reparationsfrage zu trennen und das Entwaffnungsdiktat schon jetzt in Vollzug zu setzen.

In einem solchen Vorgehen liegt nach ihrer Auffassung eine Preisgabe der in den Einwohnerwehren liegenden ideellen und staatserhaltenden Volkskraft und Bestrebungen zugunsten rein materieller Interessen, was einer Versündigung am Staatsgedanken gleichkommt, deren sich keine Regierung schuldig machen darf. Dieser Gesichtspunkt müsse nach der Auffassung der bayerischen Staatsregierung um so schwerer wiegen, als die Befürchtung nicht unbegründet zu sein scheine, daß das Opfer ohne Nutzen für die bevorstehenden Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage bleiben werde. Für die Wahl dieses Standpunktes war für die bayerische Regierung weiter auch die Erwägung maßgebend, daß die Forderung der Verbandsmächte einer irrigen Auffassung über Wesen und Ziele der Einwohnerwehr entsprungen sei, und daß bei der weittragenden Bedeutung dessen, was auf dem Spiele stehe, alle Mittel, diesen Irrtum zu berichtigen, erschöpft werden müssen.

Die bayerische Einwohnerwehr ist eine Selbstschutzorganisation, die keinem anderen Zweck dient, als die Sicherheit der Person und des Eigentums zu gewährleisten und die Ruhe und Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten. Der Verdacht, daß sie ein Instrument im Dienste reaktionärer Restaurationsbestrebungen und militärischer Revanchepolitik, von dem die Verbandsmächte, nicht ohne Zutun solcher einheimischer Kreise, die an der Beseitigung der Einwohnerwehr interessiert sind, beherrscht werden, ist durchaus unbegründet.

Die bayerische Staatsregierung hält es nicht für ausgeschlossen, daß die bevorstehende Aussprache über die Wiedergutmachungsforderungen auch noch eine Rechtsmöglichkeit bieten könnte, diesem Irrtum entgegenzutreten und die aus ihm entsprungenen Forderungen zu mildern. Eine solche Möglichkeit würde beiderseits selbst nicht von vornherein abgeschnitten werden, wie es durch die Absonderung der Entwaffnungsfrage von der Wiedergutmachungsfrage geschieht. Entgegen dieser Auffassung der bayerischen Staatsregierung hat die Reichsregierung sich entschlossen, die Entwaffnungsfrage von der Reparationsfrage zu trennen und ist somit, ohne das Ergebnis der Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung des Entwaffnungsdiktats herangetreten. Die bayerische Staatsregierung hält diesen Beschluß für verhängnisvoll. Sie läßt sich dabei von der Rücksicht auf die Interessen des Reiches und der nationalen Einheit nicht weniger als von der auf die eigenen Lebensinteressen leiten.

Die Verhandlungen haben leider nicht zu einer Einigung und Verhütung eines Schrittes geführt, von dem die bayerische Staatsregierung schwerwiegende Nachteile nicht weniger für das Reich, als für Bayern befürchtet. Für die Maßnahmen, die die Reichsregierung in Verfolg ihres Standpunktes nunmehr treffen zu müssen glaubt und, wie die bayerische Staatsregierung voraussetzt, selbst zur Ausführung bringen wird, muß die bayerische Staatsregierung die volle Verantwortung der Reichsregierung überlassen. Die bayerische Staatsregierung hält sich zu dieser Erklärung nach der besonderen Lage der bayerischen Verhältnisse für verpflichtet unbeschadet der bisherigen Stellung Bayerns zum Reich und unbeschadet des unverbrüchlich von ihr festgehaltenen Standpunktes, daß die Frage der Gestaltung des sich aus dem Versailler Friedensvertrage sich ergebenden Schicksals des deutschen Volkes gemeinsame Sorge aller deutschen Regierungen ist."

Hauptmann Kessel auf freiem Fuße

w. Berlin, 16. März.

In der heutigen Sitzung des Prozesses gegen Hauptmann Kessel verkündete der Vorsitzende den Gerichtsbeschluß, den Angeklagten gegen eine Kaution von 150 000 Mark auf freien Fuß zu setzen, damit die Durchführung der Verhandlung gewährleistet werde. Der Verteidiger hatte gestern darauf hingewiesen, daß durch die Inhaftierung Kessels seine Verhandlungsfähigkeit leiden könnte. Der Haftbefehl wird nicht aufgehoben. Der Staatsanwalt beantragte die Vorladung des früheren Polizeipräsidenten Ernst und des früheren Staatsanwalts, jetzigen Staatskommissars Weißmann als Zeugen. Hauptmann Kessel hatte gestern behauptet, daß beide Genannten ihm wiederholt nahegelegt haben, den Oberleutnant Marloh zur Flucht zu verhelfen, da der Prozeß über die Geschichte der Marinebrigade politisch unerwünscht wäre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192103171-10/fragment/page=0001

Redelust im Reichstag

Unendliche Etatdebatte.

w. Berlin, 16. April.

Die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt.

Abg. Mumm (Dn.) begründet einen **Antrag Arnstadt**, den Etatsposten für Filmzensur von 500 000 auf 490 000 Mk. herabzusetzen. Es soll damit gewissermaßen ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden.

Reichsminister **Koch** gibt zu, daß es höchst wichtig ist, das Filmwesen vom sittlichen Standpunkt aus zu verbessern. Die Präventivstelle hat gute Dienste geleistet. Andererseits soll aber ein Zuviel der politischen Einengungen vermieden werden. Zu einem Obergeschmacksrichter für Deutschland soll sich die Präventivstelle nicht entwickeln.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) beantragt, alle Anträge aus dem Hause in Sachen der Kadettenanstalten dem Bildungsausschuß zu überweisen.

Abg. Löwenstein (U. S.) stimmt dem zu, geht aber dann zu einer eingehenden Besprechung des Bauverrats über, den die Bestrebungen des preußischen Kultusministers mit der Kadettenanstalt in Lichterfelde erlitten haben. Es ist bedauerlich, daß der Reichstag keine Gelegenheit gehabt hat, in diese Angelegenheit einzugreifen. Der Reichstag habe nach wie vor die Kompetenz, wie auch ein finanzielles Interesse an den Anstalten. Er könne sich mit dem in der Vorlage geschilderten Plan der Ausgestaltung nicht einverstanden erklären. Als Redner von dem Mauthelbentum deutschnationaler Oberlehrer spricht, kommt es zu stürmischen Unterbrechungen und Lärmzigenen.

Abg. Schreiber (Ztr.): Die Anstalten sollen im Zeichen sozialen Friedens stehen und müssen daher Bemittelten und Unbemittelten in gleicher Weise offen stehen. Andererseits müssen auch die Eltern, die ihre Kinder in die Internate schicken, ein Mitbestimmungsrecht haben.

Abg. **Beuermann** (D. Vp.) warnt davor, das Gute, was den Kadettenanstalten innewohne, mit der Wurzel auszurotten. Was sich bewährt habe, müsse bestehen bleiben.

Staatssekretär **Schulz**: Der Friedensvertrag verlangt die Aufhebung der Kadettenanstalten. Somit bleibt nur der Abbau oder ihre Umgestaltung. Bayern und Sachsen erklärten sich zum Abbau bereit; mit Preußen schweben noch die Verhandlungen, so daß wir uns zur Zeit im Zustande des Provisoriums befinden. Für die gegenwärtigen Zustände auf den Anstalten kann niemand verantwortlich gemacht werden.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Löwenstein (U. S.) wird der Antrag Schreiber auf Ueberweisung aller Anträge über die Kadettenanstalten an den Bildungsausschuß einstimmig angenommen.

Sodann wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Everling (D. Vp.) auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, wonach nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht zu erfolgen hat, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, wo die Nichtteilnahme daran gewünscht wird, mit 205 gegen 150 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Die Anträge über die Bildung eines Sparsamkeitsausschusses werden mit der Maßgabe angenommen, daß statt 4 8 Mitglieder des Reichsrates an dem Ausschuß teilnehmen sollen. Eine große Anzahl weiterer Anträge über Lehrerbesoldungswesen, die pädagogische Auskunftstelle, Bildung eines besonderen Bildungsausschusses, Informierung der Kinder über den Versailler Friedensvertrag wird angenommen. Abgelehnt werden die von unabhängiger Seite gestellten Anträge über Kindergärten. Angenommen wird der unabhängige Antrag wegen des Berechtigungswesens mit 175 gegen 144 Stimmen. Die Summe von 100 000 Mark für künstlerische Zwecke wird auf 5 Millionen erhöht. Ein Antrag Scheuer, die Prüfung für Lehrfilme gebührenfrei zu gestalten, wird angenommen, desgleichen ein Antrag auf Abbau der Reichsfilmstelle (Ufa). Ein Antrag über Einstellung von Reichsmitteln für Lehrfilme wird angenommen.

Es wird nunmehr eine Reihe von Kapiteln des Haushalts genehmigt.

Beim Titel **Reichsgesundheitsamt** bemerkt

Abg. **Dr. Moses** (U. S.): Das physische Elend des Volkes infolge des Krieges schreit zum Himmel. Daher kennen wir noch nicht einmal die Zahl der Opfer des Hungers. Schon vor 2½ Jahren wurde die Zahl auf 800 000 angegeben. Ihre Zahl dürfte also 1 bis 2 Millionen betragen haben. Mit den Kriegsopfern hat Deutschland also ca. 7 Millionen Menschen verloren. Wir müssen von der Regierung endlich einmal volle Klarheit verlangen über den Umfang der Kriegsopfer. Wir beantragen die Einrichtung eines besonderen Reichsgesundheitsministeriums. Leider steht der Minister Koch dieser Forderung nicht sympathisch gegenüber. Aber seine Argumente sind nicht durchschlagend. An die Spitze eines Gesundheitsministeriums gehört nicht ein Jurist, sondern ein Arzt.

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Die wirklichen unmittelbaren Kriegsverluste sind beim Zentralnachweisebüro jederzeit zu erfahren. Es ist natürlich außerordentlich schwierig, im übrigen festzustellen, welche Todesfälle mittelbar auf die Kriegsopfer zurückzuführen sind. Es wird aber vergessen, daß wir kein Einheitsstaat, und daß deshalb die ganze Exekutive im Reichsgesundheitswesen bei den Ländern und Gemeinden liegt. Darum hat es auch keinen Zweck, ein Reichsgesundheitsministerium zu schaffen. Das Reich ist auf diesem Gebiet nur Gesetzgebungsmaschine, und in diesem Rahmen arbeitet das Reichsgesundheitsamt ganz vorzüglich.

Abg. Frau **Dransfeld** (Zentr.) begründet einen Antrag, die Regierung möge die Forschung auf dem Gebiet der Psychopathie mit allen Kräften fördern und eine umfassende psychopathische Fürsorge einleiten, besonders für psychopathische Jugendliche.

Ein **Regierungsvertreter** erklärt, die Reichsregierung werde gern den Forderungen des Antrags entsprechen.

Abg. **Dr. Schreiber** (Zentr.) wendet sich gegen im Gruberschen Brief gegen den Papst gerichtete Bemerkungen. Der Papst habe als wirklich Neutraler im Kriege für die Humanität die wertvollsten Dienste geleistet. Das Reichsgesundheitsamt habe in vortrefflicher Weise gearbeitet.

Der Ausschußantrag, der eine Denkschrift über die Folgen der Unterernährung verlangt, wird angenommen, der Antrag auf Einrichtung eines Reichsgesundheitsamtes abgelehnt. Der Antrag Dransfeld (Psychopathenfürsorge) wird angenommen.

Es folgt das Kapitel **„Reichswanderungsamt“.**

Abg. Stücklen (Soz.): Das Wanderungsamt scheint nur die Aufgabe zu haben, die Auswanderung zu verhindern. Das ist aber ein sehr wichtiges Problem, namentlich in jetzigen Zeiten. Fast noch wichtiger ist die Rückwanderung der Flüchtlinge nach Deutschland. Das Wanderungsamt scheint aber nur zur Unterbringung von Beamten da zu sein. Bei der Auswandererberatung ist jede Zentralisation vom Uebel. Die privaten und gewerkschaftlichen Organisationen können viel besser auf diesem Gebiet mit Rat und Warnung arbeiten. In den Verein für Wanderungs- und Siedlungswesen haben sich zahlreiche erzreaktionäre Vereine eingedrängt. Das Auswandererblatt in Hamburg arbeitet mit den Methoden eines Revolverblattes gegen mich und den Ausschuß.

Vizepräsident Dr. **Bell** teilt mit, daß noch etwa 17 Redner zum Etat gemeldet seien und trotz aller Mahnungen zur Beschränkung die Wortmeldungen sich immer mehr häufen.

Abg. **Brüninghaus** (D. Vpk.) protestiert gegen die Auffassung der Gegner des Reichswanderungsamtes, als ob dieses eine Sinekure sei. Statt Abbau werde vielmehr ein Ausbau erforderlich.

Staatssekretär **Dr. Lewald**: Die Frage ist die: Soll für Erteilung amtlicher Auskünfte über Einwanderung oder Auswanderung eine amtliche Stelle vorhanden sein oder nicht? Die kompetentesten Persönlichkeiten sind zu der Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines eigenen Amtes zur Sache gelangt. Darum hat man die Beratungsstelle, die so lange im Auswärtigen Amt bestand, zu einem eigenen Amt ausgebildet.

Kapitel 11 betreffend **Reichswanderungsamt wird unverändert nach der Vorlage bewilligt**, dazu eine Reihe von Entschließungen, die auf einen künftigen Abbau abzielen, angenommen.

Abg. Dr. **Philipp** (Deutschnat.) wünscht, daß die Bestände des Reichsarchivs der Oeffentlichkeit mehr zugängig gemacht werden, und bemängelt die Zusammensetzung der historischen Kommission.

Nach kurzer Erwiderung des Staatssekretärs **Dr. Lewald** wird das Kapitel sodann bewilligt.

Zu Kapitel 13 (Zentralnachweisamt für Kriegergräber) befürwortet

Abg. **Dr. Löwenstein** (U. S) einen Antrag, die Heeresbücherei aus dem Gebäude Dorothenstraße 48 zu entfernen und das gesamte Zentralnachweisamt in diesem Gebäude zusammenzulegen, und protestiert gegen die Verlegung des Amtes nach Spandau.

Staatssekretär **Lewald** erklärt, im Gebäude der Dorothenstraße reiche der Platz für eine Zusammenlegung nicht aus.

Abg. **Giebel** (Soz.) verlangt nochmalige Prüfung der Frage.

Nachdem

Staatssekretär **Lewald** nochmals betont hat, daß Sparsamkeitserwägungen in erster Linie für die Zusammenlegung in Spandau sprechen, wird das Kapitel genehmigt und der Antrag, die Verlegung nach Spandau nicht zu genehmigen, abgelehnt. Es bleibt also bei der Verlegung nach Spandau.

Zu Kapitel 14 (Landesvermessung) stellt der Ausschuß Entschließungen zur Annahme, daß wirtschaftliche Interessen durch die Landesaufnahme nicht geschädigt werden dürfen.

Kapitel und Entschließungen werden angenommen.

Kapitel 15 betrifft den polizeilichen Schutz.

Abg. **Bernd**t (Deutschnat.) kritisiert die geringe Zuverlässigkeit der Schutzpolizei, die in der Besitzlung der Vorgesetzten zum Ausdruck komme, und beschwert sich über das skandalöse Verhalten der Kieler Schutzpolizei, die offiziell an einem sozialdemokratischen Zug teilgenommen habe. Schuld daran trage die parteipolitische Beeinflussung. Wir verlangen entschiedene Maßnahmen gegen die polizeilichen Wirtschaftsverbände, desgleichen gegen die sozialdemokratischen Zivilkommissare die ein Bindegliedzwischen Arbeiterschaft und Polizei darstellen. Die Polizei müsse politisch unparteiisch sein. Amt bedauerlichsten sei die politische Zerfetzung der Polizei. In Berlin seien z. B. 5000 Polizeibeamte sozialdemokratisch organisiert. Das seien unhaltbare Zustände.

Reichsminister Koch: Wenn irgend etwas nicht gefällt, soll das Reich gegen die Einzelstaaten vorgehen. Umgekehrt wird oft von den Abgeordneten derselben Partei die Selbständigkeit der Länder gefordert. Ich kann unmöglich mit der preußischen Regierung in einen Schriftwechsel über gewisse Vorkommnisse bei der Polizei eintreten. Der preußische Minister des Innern hat schon im preußischen Landtag hierauf geantwortet und wird das gewiß auch wieder tun. Auch in die Erneunung oder Entlassung einzelner Beamten kann ich mich unmöglich einmischen.

Abg. **Jäger-Düsseldorf** (Soz.) begründet einen Antrag der rheinisch-westfälischen Abgeordneten, den rheinisch-westfälischen Gemeinden die anläßlich der Wirren beim Kapp-Putsch für die Ortswehren und die Unterbringung der roten Armee entstandenen Kosten aus Reichsmitteln zu ersetzen.

Abg. **Thomas** (Komm.): Die Rechte möchte ganz Deutschland unter die bayerische Pickelhaube bringen. Die bayerische Polizei stellt die Kommunisten unter Ausnahmerecht.

Die Entschließung, die Vergütung aus den den rheinisch-westfälischen Gemeinden beim Kapp-Putsch entstandenen Schäden fordert, wird angenommen.

Es folgt das Kapitel

„Technische Nothilfe“.

Abg. **Brey** (Soz.): Die Technische Nothilfe ist bei den Arbeitern verhaßt, weil sie nur bei Arbeiterstreiks in Aktion tritt, während sie bei Aerztestreiks oder Streiks der Milchlieferanten nicht die Lebensinteressen der Bevölkerung geschützt hat. Der Begriff „lebenswichtige Betriebe“ wird soweit gefaßt, daß fast alle wichtigen Industrien darunter fallen. Warum sind vor dem Abkommen der Technischen Nothilfe mit der Post- und Eisenbahnverwaltung die zuständigen Gewerkschaften nicht gehört worden?

Reichsminister **Dr. Koch** beruft sich auf Ausführungen von Severing und anderen sozialdemokratischen Ministern, die die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe betont haben. (Abg. Adolf Hoffmann: Sie sind doch durch den Streik Minister geblieben!) Ich bin nicht nach Stuttgart gegangen, um zu streiken, sondern um dafür zu sorgen, daß Deutschland verfassungsmäßig regiert wird. Wäre ich in Berlin geblieben, so wäre ich vielleicht zum unfreiwilligen Streiken gezwungen worden. Ich hoffe, daß ein Ausschuß des Reichswirtschaftsrates sich mit als Beirat bei dieser Neuregelung zur Verfügung stellen wird. Nicht bürgerliche oder sozialdemokratische Gesinnung entscheidet in dieser Frage, sondern die Staatsgesinnung.

Abg. **Berndt** (Deutschnat.): Die Sozialdemokratie könnte die Technische Nothilfe sofort überflüssig machen, wenn sie darauf verzichten wollte, das sogenannte Streikrecht mit terroristischen Akten zu mißbrauchen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Unterleitner** (U S.) bringt eine Fülle von Einzelbeschwerden gegen die Technische Nothilfe vor und spricht nach 9 Uhr noch fort.

Nächste Sitzung: **Donnerstag 10 Uhr. Etat des Auswärtigen, der Reichskanzlei usw.**

*

Der Hauptausschuß des Reichstages hat eine Entschließung angenommen, nach der den Reichstagsmitgliedern neben freier Fahrt auf den Eisenbahnen auch die kostenlose Benutzung der Automobilpostlinien gewährt werden soll.

Die Kämpfe um Kronstadt

h. Hangö (Finnland), 16. März.

Ein gestern gegen Mitternacht aufgegebener Funkspruch besagt, daß die Lage in Kronstadt noch immer unverändert ist. Der Kampf um Kronstadt dauert an und wird von schweren Geschützengefechten begleitet. Flüchtlinge bestätigen, daß das Geschützfeuer um Kronstadt der roten Stellung weiteren großen Schaden zugefügt hat. Aus einem Funkspruch Trotzkis an den Moskauer Kriegsrat geht es gleichfalls hervor, in dem von zahlreichen Toten gemeldet wird. Trotzki macht große Anstrengungen, um Kronstadts Widerstand zu brechen. Im Raume von Oranienburg, südlich von Kronstadt, hat er 40 000 Mann versammelt, mit denen er den Hauptangriff unternehmen will. Der erste Angriff dieser Sowjettruppen, unter denen sich auch chinesische Sowjettruppen befanden, wurde von Kronstadt gestern unter blutigen Verlusten abgewiesen. Nach einer Reuter Meldung soll Trotzki 25 unzuverlässige Kommissare wegen Verrats haben erschießen lassen.

Nach finnischen Berichten sind 5000 Soldaten zu den Aufständischen in Kronstadt übergelaufen. Aus Kronstadt selbst wird bereits über Mangel an Munition und Proviant berichtet, doch erwartet man, daß aus Schweden Lebensmittelzufuhren möglich sein werden.

Die Erbin von Lohberg

96] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

„Fräulein Friederike Volkwitz, genannt Fritz, — meine Großmutter, Frau von Aschau, getauft Charlotte, genannt Lottchen,“ stellte Fritz Ellbach gebührend vor. „Was wir hier machen? Bekanntschaft machen wir durch die gefällige Vermittlung meiner „Beene“, die hinter jenem Schirm hervorguckend, das gnädige Fräulein hergelockt hatten, und von ihr mit Exzellenz angeredet wurden.“

„Na siehste, mein Junge — das spukt vor; die Exzellenz wird sich schon noch bis zu deinem Kopf heraufkrabbeln,“ lachte Frau von Aschau übers ganze Gesicht. „Na, gottlob, ganz so ledern, wie sich gestern dieser Ort hier anzulassen drohte, scheint er doch nicht zu sein, wenn jemand in der Nähe ist, der ein Paar Beine „Exzellenz“ tituliert. Sind Sie hier in der Nähe daheim, Fräulein von Volkwitz, genannt Fritz?“

„Nur einen Katzensprung hinter dem Gitter dort; mein Vater ist der Königliche Oberförster, seit ein paar Tagen endlich Forstmeister,“ erklärte Fritz Volkwitz, herzhaft in die ihr gereichte Hand einschlagend, und, wie immer mit dem Herzen auf der Zunge, fuhr sie fort: „Also Sie sind die berühmte Großmutter, gnädige Frau? Herr von Ellbach hat mir eben die Ehre erwiesen, zu behaupten, daß ich ihn an Sie erinnere.“

„Na, so 'n Lümmel! Hoffentlich haben Sie ihm das ordentlich gegeben!“ rief Frau von Aschau mit einem Schmunzeln, das sich, kaum entstanden, auch schon in ein herzhaftes Gelächter auflöste.

„Tätsch nicht, oder mündlich ist die Strafe prompt erfolgt,“ stellte Ellbach fest.

„Reden Sie keinen Stuß. — Sie wissen ganz genau, daß ich Sie zur mitzupersonden habe,“ sprudelte Fritz Volkwitz rot werdend heraus. „Warum haben Sie mir nicht gleich gesagt, daß Ihre Frau Großmutter ein solch urgemütliches oltes Haus — — ich meine natürlich eine solch furchtbar nette alte — nein doch, ältere Dame ist? So, und nun ich mich, wie gewöhnlich, vergaloppiert habe, erwarte ich in gebührender Demut, wie Sie mir's nun geben werden, gnädige Frau,“ schloß sie kleinlaut.

„Rutschen Sie mal 'n bissel näher, Sie kleine Wurzel, Sie!“ kommandierte Frau von Aschau und gab dem umwillkürlich gehorchenden Mädchen einen schallenden Kuß. „Da haben Sie's und merken Sie sich's: mir ist das „gemütliche alte Haus“ ins Gesicht gesagt, viel lieber, als die „furchtbar nette alte Dame hintern Mücken, was ja doch nur 'ne Umschreibung für „alter Drache“ ist.“

„Lottchen, daran erkenne ich dich,“ lobte Fritz Ellbach, gleichfalls näher rutschend, um seinen Kopf zärtlich an der Schulter seiner Großmutter zu reiben, die ihm dafür einen ebenso zärtlichen „Katzenkopf“ gab.

„Wirst du wohl, du nichtsnutziger Schlingel!“ rief sie strahlend. „Was soll sich denn Fräulein Volkwitz denken, wenn du mich respektlos „Lottchen“ nennst.“

„Sie denkt sich, daß es furchtbar nett klingt,“ jubelte das junge Mädchen, in die Hände klatschend. „Und warum denn auch nicht? Wenn man bedenkt, daß der Taufname doch eigentlich zum Menschen gehört, so ist nicht einzusehen, warum seine Anwendung selbst eine Respektsperson in ihrem Respekt vermindern sollte. Ich werde meinen Vater heut auch mal „Karlchen“ nennen und freue mich schon auf sein Gesicht und auf die unvermeidliche Frage, ob ich zufällig vielleicht übergeschnappt sein sollte. Uebrigens wär's ja dann auch ebensogut respektlos, daß Leonore Lohberg ihren Stiefvater „Herr von Ellbach“ nennt. Das ist ja doch auch nur sein Name. Sollte sie etwa „gnädiger Herr“ sagen? Sieht doch die Katze den Kaiser an und sagt nicht „gnädiger Herr“.“

„Fräulein Volkwitz ist die Freundin der Gräfin Leonore,“ erklärte Fritz Ellbach.

„Bitte, das habe ich mir seit meinen Kinderschuhen bis vor wenigen Tagen eingebläut,“ berichtigte sie. „Ich bin aber belehrt worden.“

„Warum?“ erkundigte sich Frau von Aschau.

„Ursache: unbekannt. Fragen Sie bitte die Grünholzschen Herrschaften, die wahrscheinlich mehr wissen wie ich,“ versetzte Fritz Volkwitz kurz und fuhr rasch fort: „Gnädige Frau bemerkten übrigens vorhin, daß Sie Lohberg „ledern“ finden; wenn Sie Herrn und Frau von Grünholz darin einschließen, dann muß die Stimmung im Schlosse zum Ansteckungsgrad übergegangen sein.“

„Scheint so,“ machte Frau von Aschau trocken. „Da Sie ja dort so gut bekannt sind: Mein Schwiegersohn, seine Frau und ihre Tochter scheinen einander vor Liebe nicht gerade aufzufressen. Oder ist mir's nur so vorgekommen?“

„N — nein. Mir ist es auch so vorgekommen,“ erwiderte Fritz Volkwitz zurückhaltend.

So, so! Aha! Ist das — eine Machtfrage?“

„Ich weiß nicht. Lustig anzusehen ist's nicht. Aber nicht wahr, Leonore ist doch ganz wunderschön?“

„Nun ja,“ — erwiderte die alte Dame zögernd. „Schön ist sie gewiß, zweifellos sogar, nur — für mich hat sie etwas in den Augen — ich kann nicht recht sagen, was es ist. Und um den schönen, ja süßen Mund einen Zug von Härte und Leiden.“

„Oh, Leonore war doch lange schwer krank!“

„Ja, das mag es sein. So etwas hinterläßt ja immer Spuren, macht älter. Gräfin Leonore ist trotz ihrer Jugend eigentlich nicht mehr jung — ich meine, wie Sie jung sind mit Ihren hellen Kinderaugen. Schließlich kann ich ja aber nach den paar Stunden, seit ich sie kenne, noch nicht abschließend urteilen.“

„Denken Sie lange hier zu bleiben, gnädige Frau?“

„Nur ein paar Tage. Fritz und ich wollten grade zu einer Gebirgstour aufbrechen, als wir die Einladung der Gräfin Leonore erhielten, die ja sehr nett gehalten war und sich darauf gründete, daß ich mir sie leider so rar geworden bin meines Kommens. — Denn mein Junge ist er, — nicht ertzehen und seinem Vater doch die Freude machen wollte, ihn wiederzusehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192103171-10/fragment/page=0002

Die Fahrt nach Oberschlesien

(Bericht unseres nach Oberschlesien entsandten Berichterstatters.)

B. P. D. Ratibor, 15. März.

Schon wochenlang vorher hatten wir heimatreuen Oberschlesier im ganzen Reiche uns auf die Fahrt zur Abstimmung vorbereitet. Mich brachte der 12. d. M. zur Bahn, um die Abstimmungsfahrt auszuführen. Die Fahrt wurde für uns zu einem wahren Triumpzug, der das deutsche Herz höher schlagen ließ. Fühlte man sich doch in die Zeit der großen Volkserhebung von 1914 zurückversetzt: überall Begeisterung in lodernden Flammen. Die reichsdeutschen Nichtoberschlesier wetteiferten miteinander, um uns die Fahrt zum friedlichen Kampf mit dem Stimmzettel zu erleichtern. Hier wurden Kinder in Pflege genommen, um der Mutter die Fahrt zu ermöglichen, dort wurde die Besorgung des ganzen Haushaltes übernommen, hier und da sogar auch die Ueberwachung eines Geschäftes. Großer Opfermut macht sich bei den Zurückgebliebenen geltend, größere Begeisterung noch bei uns Abstimmlern. Eine Begeisterung, die mit der im August 1914 zu vergleichen war, als wir die Fahrt nach dem Westen antraten. Gilt uns allen doch jetzt die Fahrt nach dem Südosten des Reiches nicht geringer als die damalige Fahrt gegen den Erbfeind. Ueberall unterwegs Jubel und offene Herzen; dann große Musikkapellen, Chorgesang aus Frauen- und Männerkehlen. Reichswehr in Reih und Glied und — reiche Liebesgaben, allerdings nicht aus der Ueberfülle des Besitzes gegeben wie damals, aber aus Herzlichkeit und Opferfreudigkeit, da man sich doch allgemein und allerorten bewußt geworden war: du mußt frieren, wenn wir Oberschlesien verlieren.

In Kohlfurt ein kleiner „Zwischenfall" — fast hätte ich ihn vergessen —, unser Abstimmungszug, der mit 500 Freipassagieren in den Bahnhof eingefahren war, verließ diesen mit 501, ohne daß irgend jemand hinzugestiegen wäre. Freund Adebar hatte einer jungen Frau einen Besuch abgestattet und ihr einen kräftigen Jungen geschenkt. Die Mutter, eine Hamburgerin, bestand auf die Weiterreise, um ihrer Abstimmungspflicht an Ort und Stelle zu genügen. Da Verpflegungspersonal und Arzt in jedem Zuge sich befinden, konnte dem Wunsche der jungen Mutter entsprochen werden. Mit ihrem kräftigen Buben, der leider noch nicht abstimmungsberechtigt ist, fuhr sie ihrer alten Heimat entgegen, als Mahnung für alle, die sich etwa vor Unbequemlichkeiten der Reise fürchten wollten.

Die Züge verkehrten mit echt preußischer Pünktlichkeit, die Verpflegung war gut und reichlich. Für die mitgenommenen Kinder war ausgiebig Milch zur Stelle. So ging es weiter, Frühlingssonnenschein draußen und in unser aller Herzen. Hinein ins Schlesierland. Der graue Zapfen grüßte uns von ferne. Am Horizont tauchten die Gipfel des Riesengebirges auf. „Gruß Brassel" in prächtigem Schmuck entbot uns seinen Gruß und spendete schlesische Pfefferkuchen, Schokolade und sonstiges Gutes. Doch gar bald merkten wir, daß es in das Abstimmungsgebiet hineinging. Der Schmuck von Tannengrün von unseren Wagen mußte fallen, französische Stahlhelme tauchten auf. Eine hochnotpeinliche Untersuchung an der Grenzüberwachungsstation begann. Sogar Berliner Blätter wurden uns fortgenommen und die Abzeichen des „Vereins heimattreuer Oberschlesier". Anscheinend gelten diese auch als abstimmungsgefährdend. Nun befinden wir uns schon in dem Land, in dem in den nächsten Tagen sich die Weltgeschichte drehen wird, in dem Land, von dessen Schicksal Wohl und Wehe nicht nur von Deutschland, sondern ganz Europa abhängt, in unserem — so Gott will — vielumstrittenen, bald wieder deutschen Oberschlesien. In Kandrzin entstiegen viele Abstimmungsberechtigte unserem Zuge, um nach dem Industriebezirk weiterzufahren. Uns führte der Weg nach der äußersten Südecke Oberschlesiens, nach der bekannten Oberstadt Ratibor. Nach eine kurze Zeit, die Oder wird überfahren, und wir sind am Ziel. Schmucklos von außen zeigt sich unser Ankunftsbahnhof. Kein lauter Zuruf der Freude — alles das hat die hohe interalliierte Kommission untersagt —, dafür aber strahlende Augen, freuderfüllte Gesichter und warme Herzen, die niemand verbieten konnte, auch nicht die Italiener, die die Bahnhofswache inne hatten. Dieser für den Auswandererverkehr von Galizien nach Amerika dienender Bahnhof nimmt uns auf. Hier hat deutscher Ordnungssinn in übersichtlicher Weise dafür gesorgt, daß alle Anforderungen, die von uns Reichsoberschlesiern gestellt werden, in Kürze erfüllt werden können. Hier haben liebevolle Hände auch für Tannengrün und deutsche Sprüche gesorgt. In schmucken Kojen, deren Bestimmung durch Plakate ersichtlich ist, wird für Unterbringung und Weiterfahrt mit Bahn und Automobil gesorgt. Verpflegungsstellen des Vaterländischen Frauenvereins spenden Erfrischungen, die Sanitätskolonnen sind hilfsbereit zur Stelle. Jungmannen der höheren Schulen und der Volksschulen bemühen sich um Fortschaffung des Reisegepäckes und Führung nach den Quartieren, die in übergroßer Zahl zur Verfügung gestellt wurden. Die Jungmannen selbst haben ihre häusliche Unterkunft den Ankommenden abgetreten und nehmen für die Abstimmungszeit mit Massenquartieren vorlieb.

Draußen vor dem Bahnhof eine nach Hunderten zählende Menschenmenge, auf deren Gesichtern zu lesen ist die frohe Zuversicht: Oberschlesien wird und muß deutsch bleiben!

Zu Steuerzuschuß des Reichstages wurde ein Antrag Hompe (Ztr.) angenommen, der zum Zweck hat, Aufwendungen für Kleinwohnungsbauten steuerlich zu begünstigen. Die über den Dauerwert hinausgehenden Mehraufwendungen sollen für das Steuerjahr, in dem sie gemacht sind, bei der Veranlagung in Abrechnung gebracht werden können.

Sie sprechen schon von der Besetzung Berlins. Aus London wird gemeldet: „Daily Sketch" schreibt: Die Alliierten hatten die Durchführung der jetzt in Wirksamkeit getretenen „Sanktionen" beschlossen in der Hoffnung, daß Deutschland die Zwecklosigkeit einsehen würde, sich weiter seinen Verpflichtungen zu entziehen. Diese Hoffnung sei nicht verwirklicht worden. Die Besetzung der Rheinstädte habe die deutsche Gemütsverfassung nicht geändert. Wenn Deutschland bis zum 20. März nicht gezeigt habe, daß es auf Vernunft hören will, werden drakonische Maßnahmen folgen. Es ist gewiß, sagt das Blatt, daß die neuen Maßnahmen, darunter auch die Besetzung von Berlin (!!), sehr bald zur Durchführung gelangen werden.

Halle und Umgebung

Halle, den 17. März.

Die Einweihung des Deutschen Heims

in den Franckeschen Stiftungen fand gestern nachmittag statt. Die Feier begann in der großen Aula der Stiftungen mit der Verlesung des 86. Psalms durch Pastor Körner und dem gemeinsamen Gesang eines Chorals. Darauf ergriff Studienrat Dr. Krusius, der Leiter des Deutschen Heims, das Wort und dankte den Erschienenen, insbesondere den Körperschaften, sowie den Franckeschen Stiftungen für die Unterstützung, die sie dem Unternehmen haben zuteil werden lassen. Besonders nannte er die Evangelische Synode in Nordamerika, den Gustav-Adolfverein und den Verein für das Deutschtum im Auslande. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen legte Dr. Krusius die Grundsätze und Ziele des Deutschen Heims, das ein Erziehungshaus für Schüler und ein Studienhaus für Studenten umfaßt, dar.

Hierauf sprach der Rektor der Lateinischen Hauptschule, Dr. Gräber, für den durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Geheimrat Dr. Fries; er dankte besonders für eine Spende von 80 000 Mk., die durch Vermittlung von Dr. Krusius der Anstalt aus Nordamerika zuteil geworden ist. Studiendirektor Baltzer hieß das neue Heim im Namen der Franckeschen Schulen willkommen, Studienrat Rieger im Namen der übrigen Erziehungsanstalten der Franckeschen Stiftungen. Prof. Dr. Menzer, der in seiner Eigenschaft als derzeitiger Rektor der Universität Halle-Wittenberg an der Feier teilnahm, hob in seinen Worten namentlich die Bedeutung der neuen Anstalt für die Auslandsstudenten hervor, während Geheimrat Prof. Dr. Voretzsch als Vertreter des Vereins für das Deutschtum im Ausland auf ähnliche Bestrebungen im Reiche hinwies und seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß in Halle diese Pläne zum ersten Mal zur Verwirklichung gelangt sind. Es sprachen noch Vertreter des Gustav-Adolfvereins, sowie Herr Rendant Rosenstock und Prokurator Münscher. Zum Schluß dankte Dr. Krusius nochmals bewegten Herzens für die rege Teilnahme und das Entgegenkommen, das das Unternehmen überall gefunden habe, und lud hierauf zu einer Besichtigung des Deutschen Heims ein.

Wir haben bereits bei früherer Gelegenheit die Einrichtung, sowie die Ziele des Deutschen Heims einer ausführlichen Würdigung unterzogen und können auch nur heute wieder bestätigen, daß das Heim recht geschmackvoll und gemütlich, wenn auch schlicht, eingerichtet ist, so daß alle, die in ihm Aufnahme suchen und finden, sich hier zweifellos wohl und geborgen fühlen werden.

Infolge des Eisenbahn-Attentats bei Schkopau sind die Halle passierenden Züge Berlin—Frankfurt, Berlin—München, Berlin—Stuttgart gestern über Bitterfeld, Leipzig und Corbetha umgeleitet worden. Für die Reisenden bedeutet dies neben anderen Unannehmlichkeiten eine Fahrtverlängerung von durchschnittlich einer Stunde. Hieraus ersieht man wieder, daß eine Ausschaltung Halles vom Durchgangsverkehr, etwa zugunsten Leipzigs, einfach unmöglich ist.

Der Mord an Frhr. von Knigge-Endorf

Das Urteil: 10 Jahre Zuchthaus.

Unter den vierzig Zeugen war nur ein einziger, der den Angeklagten belastete, der Arbeiter Friedrich Eichler, der gesehen haben will, daß der Angeklagte geschossen hat; er hat sich aber in seinen Aussagen widersprochen. Vor dem Untersuchungsrichter hat er behauptet, der Erschossene habe angelegt, um auf die Menge zu schießen, die sich nicht entfernte. In der Hauptverhandlung sagte er auf eindringlichen Vorbehalt aus, der alte Baron habe nicht angelegt. Eichler ist seiner Zeit mit in Untersuchungshaft gewesen, weil bei ihm Sachen gefunden worden waren, die der Baronesse gehörten und dieser fortgenommen waren, nachdem sie wiedergeschlagen war. Daß er die Sachen an sich genommen hat, leugnete Eichler nicht, er will es aber nur getan haben, damit sie nicht von anderer Seite fortgenommen würden. Auch will er der Ansicht gewesen sein, die Sachen seien bei dem sogenannten Aktionsausschuß abzugeben gewesen. Trotzdem hat er sich erst einige Tage später davon erinnern lassen müssen, die Sachen nun auch abzugeben. Ein Zeuge bekundete auch, Eichler habe gesagt, daß er dem Baron „eins ausgewischt" habe. Am Kampfe will Eichler sich nicht beteiligt, auch die Baronesse nicht angegriffen haben.

Als Eichler und Staat von Bahnhof ins hiesige Gefängnis gebracht wurden, hat Eichler dem Staat zugeredet, er solle die Wahrheit sagen, der Baron habe das Gewehr gehoben und da habe er (Staat) geschossen, er habe also in Notwehr gehandelt. Staat hat hierauf aber nichts erwidert. Beim Einliefern ins Gefängnis soll Staat dann zu dem aufnehmenden Beamten gesagt haben: wir sollen den Herrn von Knigge ermordet haben, ich bin aber unbeteiligt, worauf dann Eichler wieder eingewendet hat: „Mensch, sag doch die Wahrheit". Der Bürgermeister von Ermsleben stellte dem Staat ein gutes Zeugnis aus.

Der tödliche Stoß ist nach der Bekundung des Arzts ins Herz gegangen, auf dem Rücken wieder herausgekommen und hat hier die linke Hand des Barons verletzt, der die Angewohnheit hatte, das Gewehr über die Schulter zu hängen und die linke Hand auf dem Rücken zu halten. Hierdurch wird auch bewiesen, daß der Baron das Gewehr nicht angelegt haben kann.

Die Geschworenen bejahten die gestellte Schuldfrage nach Totschlag, worauf das Gericht auf eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren und zehnjährigen Ehrenrechtsverlust erkannte; 3 Monate der Untersuchungshaft wurden als verbüßt angerechnet. Der Staatsanwalt hatte nur 6 Jahre Zuchthaus beantragt.

— **Berechtigt öfteres Zuspätkommen zur sofortigen Entlassung?** Vor seinem Prinzipal, dem Apothekenbesitzer K. in Hannover, war der Apotheker G. ohne Kündigungsfrist sofort entlassen worden, der ersteren darauf auf Nachzahlung seines Gehaltes verklagt hatte. Der Beklagte glaubte einen wichtigen Grund zur sofortigen Entlassung deshalb zu haben, weil der Kläger das Publikum oft unnötig habe warten lassen, es an Höflichkeit fehlen ließ und regelmäßig um 10—15 Minuten und länger zu spät zur Apotheke kam. — Landgericht Hannover und Oberlandesgericht Celle hielten die beiden ersteren Vorwürfe nicht für erwiesen; über das Zuspätkommen äußerte sich das Oberlandesgericht dahin, daß ein wichtiger Grund zur sofortigen Entlassung auch dann nicht vorliege, wenn der Kläger sich in einzelnen Fällen um eine halbe Stunde verspätet habe. Trotzdem wies das Oberlandesgericht die Klage ab, und zwar aus folgenden bemerkenswerten Gründen: Da die Kündigung eigenmächtig wäre, so bedürfe das Dienstverhältnis fort. Nun sei der Beklagte aber öfters gewesen, die Dienste des Klägers wieder anzunehmen. Wenn dieser gleichwohl keinen Dienst getan habe, so könne er Gehalt nur dann beanspruchen, wenn ihm dies nach Treu und Glauben nicht zuzumuten war. Wenn die Entlassung auch ohne hinreichenden Grund war, so war sie doch nicht in so schroffer Form, daß dem Kläger ein Wiedereintreten in seine Stellung nicht zugemutet werden konnte. (Urteil des Oberlandesgerichts Celle vom 23. Okt. 1920. U.L.-S. 4 U 317/20.

— Städtische Frauenschule (Burgstraße 45). Freitag, den 18. März, und Sonnabend, den 19. März, ist die Ausstellung der Handfertigkeitsarbeiten der Schülerinnen im Anschluß an die staatlichen Prüfungen für Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen von 10 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet. Sie umfaßt Papp-, Holz- und Bastarbeiten, Spielsachen z. T. aus wertlosem Material, und weibliche Handarbeiten. Von besonderem Interesse dürfte nach den Verhandlungen der Reichsschulkonferenz das Beschäftigungsmaterial nach Dr. Maria Montessori sein, das von Lehrkräften und Schülerinnen gemeinsam angefertigt ist. Zum Besten der Kinderhilfe wird ein Eintrittsgeld von 1 M. erhoben.

— Die Perückenmacher-, Damen- und Theaterfriseur-Zwangs-Innung für den Regierungsbezirk Merseburg (Sitz Halle) veranstaltete am Sonntag, den 13. März im „St. Nikolaus" ihr Schlußfrisieren der Fachschule. Die Lehrlinge zeigten in drei Klassen (I., 2., 3. Lehrjahr getrennt), was sie durch Fleiß und Mühe gelernt hatten. Die Lehrlinge im 2. und 3. Jahr zeigten im besonderen gute, zum Teil sogar sehr gute moderne und historische Frisuren. Ein Beweis, daß die Perückenmacher-, Damen- und Theaterfriseur-Zwangs-Innung trotz der schweren Zeiten es verstanden hat, die Lust am Beruf und zur Arbeit in ihren Lehrlingen zu erwecken und zu fördern. Die Fachlehrer, welche in selbstloser Weise diese mühevolle Arbeit übernommen hatten, fanden den schönsten Lohn in den gezeigten Leistungen.

Gottfried Baumann, Obermeister.

— **Kinderhilfe.** Auf zwei Veranstaltungen sei noch einmal aufmerksam gemacht, die sich an einen größeren Zuhörerkreis wenden: Zum Besten der Kinderhilfe veranstalten am 17. März 7½ Uhr abends in der Aula des Stadtgymnasiums ein Konzert: Ursula Meyer (Gesang), Obersekundaner Matz (Geige), Abiturient Bergmann und Gymnasial-Musiklehrer Henkel (Klavier). Das Programm kostet 2 Mark und ist an der Abendkasse zu haben. Den Steinwayflügel stellt in freundlicher Weise die Firma Balth. Döll, Gr. Ulrichstraße, zur Verfügung. — Das Turnlehrerinnenseminar bietet am 18. März 7½ Uhr abends im Mozartsaal einen Unterhaltungsabend, der im Zeichen des Volksliedes stehen wird: „Das Volkslied in Gesang, Tanz und Darstellung". Karten sind zu 5 M., 2,50 M. und 1 M. (Stehplatz) beim Eingang in den Saal zu haben.

— **Heiterer Abend von Curt Wilcke.** Am Montag, den 21. März, kommt Curt Wilcke wieder einmal nach Halle, um seine treue Anhängerschaft mit einem vollständig neuen heiteren Programm zu erfreuen. Besonders betont wird, daß ein zweiter Abend des Künstlers aus Mangel an Zeit nicht möglich ist. Den Vorverkauf hat Albert Manthey, Gr. Ulrichstraße 12.

— **Oeffentlicher Theaterabend der Freien Volksbühne Halle.** Anregungen aus den Kreisen der Mitglieder zufolge soll weiteren Kreisen in einer allgemein zugänglichen Aufführung des bürgerlichen Trauerspieles „Maria Magdalena" von Friedrich Hebbel Gelegenheit gegeben werden, auch die Pflege der ernsten Kunst in der Volksbühne kennen zu lernen. In der Vorstellung am Mittwoch, den 23. März, werden für Nichtmitglieder Karten zu 5 Mark in den bekannten Zahlstellen ausgegeben.

Familien-Nachrichten.

— **Verlobungen:** Klara Zech geb. Krüger mit Richard Thurm. — Emmy Wagener mit Kurt Nette.

— **Vermählung:** Kurt Göbe mit Luise Härtig geb. Schmidt.

— **Todesfälle:** Am 14. März Güterverwalter Emil Blecher im 62. Lebensjahr. — Am 15. März Adelheid Schupe geb. Fischer im 51. Lebensjahr. — Am 15. März Wilhelmine Dietrich geb. Städter im 70. Lebensjahr. — Am 14. März Otto Ernst im 83. Lebensjahr. — Am 15. März Frieda Köhler geb. Just im 29. Lebensjahr. — Am 15. März Emil Judel im 71. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

Raubüberfall bei Leopoldshall

(Eigener Drahtbericht der „H. Z".)

a. Leopoldshall, 16. März.

Zwei Kassenbeamte der staatlichen Salzwerksverwaltung in Leopoldshall sind heute gegen Mittag nach Schierstedt gefahren, um dort die Auslohnung zu bewirken. In der Nähe des Hopfenberges vor Giersleben sprangen plötzlich fünf Männer, die sich im Straßengraben versteckt hatten, dem Gefährt entgegen, schnitten die Zügel durch und verlangten mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe der Bücher und des Geldes. Angesichts der Uebermacht gaben die Beamten dem Verlangen nach. Es handelt sich um Gelder in Höhe von 70 000 Mark.

Neue Auto-Omnibus-Linien

Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, im Frühjahr eine ständige Autopostverbindung Langenscha—Behringsdörfer—Großenlupnitz—Eisenach einzurichten. Zu diesem Zwecke wird am nächsten Sonntag, den 20. März, eine Probefahrt mit zwei Postautomnibussen von Eisenach nach Langenscha und zurück gefahren werden.

Zerbst, 16. März.

Die Verhandlungen über die Einrichtung einer ständigen Auto-Omnibuslinie Lindau—Zerbst—Steutz (Elbe) sind noch nicht abgebrochen und sollen, wie man hört, immerhin noch ein positives Ergebnis zugunsten der Einrichtung erhoffen lassen.

*

Quedlinburg, 16. März.

Wegen ungenügender Benutzung beabsichtigt die Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt die Autolinie Westerhausen—Hedersleben wieder eingehen zu lassen.

Die Beisetzung des Grafen von Wartensleben

Genthin, 16. März.

Die Beisetzung des verstorbenen Grafen von Wartensleben, bei der etwa 200 Personen anwesend waren, erfolgte im Parke des Schlosses Karow. Dem Sarge folgten Prinz Eitel Friedrich als Vertreter des Kaisers mit der Schwester des Verstorbenen und Hindenburg in Uniform mit der Schwiegertochter des Verstorbenen. Die beiden Brüder des Toten trugen die Ordenskissen. An bekannten Persönlichkeiten sah man unter anderem General Sixt von Armin und viele andere höhere Offiziere. Eine Angahl von Kriegervereinen aus der näheren und weiteren Umgebung schloß sich dem Trauergeleite an. Der Pastor von Karow und vier Geistliche aus der Umgebung vollzogen die kirchlichen Amtshandlungen. Gesang der Schulkinder des Dorfes begleitete die Trauerfeier.

S. Gerbstedt, 16 März. (Von der Schupo-Pflicht.) Wie wir hören, soll bei der Neuordnung des Polizeiwesens staatliche Schutzpolizei auch in die Kreise Eisleben und Mansfeld gelegt werden. In engerer Wahl für die Unterbringung stehen Eisleben, Mansfeld, Hettstedt und Gerbstedt.

— Naumburg a. S., 16. März. (Kindertheaterbrand.) In Klosterfreseler brach, als gerade eine Theatervorstellung im Dorfe gegeben wurde, Feuer aus. Es brannte das Wohnhaus des Rittergutspachters Buchland, dessen sechs Kin-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192103171-10/fragment/page=0003

der in einer Dachkammer im ersten Stocke lagen. Ein kleiner Junge alarmierte die Theaterlustigen und die Vorstellung wurde abgebrochen. Es konnten aber nur vier Kinder gerettet werden; zwei Mädchen im Alter von 9 und 5 Jahren verbrannten völlig.

— **Halberstadt**, 15. März. (Die Lehrschmiede), in der jährlich etwa 230—250 Hufbeschlagschmiede herangebildet sind, unterstand bisher der Landwirtschaftskammer Halle. Sie hat sich jetzt davon zurückgezogen. Um das für die landwirtschaftlichen Kreise wichtige Institut nicht eingehen zu lassen, wollen die beiden hiesigen landwirtschaftlichen Vereine sie weiterführen, vorausgesetzt, daß die Landwirtschaftskammer und die Provinz die seither geleisteten Zuschüsse weiter gewähren.

— **Aken**, 16. März. (Der Streikafe der Oelmühle) ist beendet, die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigten sich auf den Satz, den die Verwaltung vorgeschlagen hatte.

— **Liebenwerda**, 16. März. (Ein seltsamer Fund) wurde im Mühlgraben an der Schloßmühle gemacht. Dort war ein zugebundener Sack angeschwommen, der zwei Hosen, zwei Jacketts, eine Weste, zwei Unterhosen, zwei Hemden und einen Schlips enthielt. Sämtliche Kleidungsstücke waren stark angerissen. Es hat den Anschein, als rührten die Sachen von zwei Spitzbuben her, die sich nach einem Diebstahl neu eingekleidet haben.

— **Magdeburg**, 15. März. (Unfall eines Dampfer-schleppzuges auf der Elbe.) Als am Sonntag vormittag der Dampfer „Zukunft" mit drei Kähnen im Schlepptau stromaufwärts durch das Hubbrück der Brücke fuhr, wurde durch eine noch nicht aufgeklärte Ursache der letzte Kahn des Schleppzuges mit dem Hinterteil an den Pfeiler gedrückt. Durch den Anprall riß die Trosse, die den Kahn mit dem Dampfer verband, und das führerlose Fahrzeug wurde durch die Wucht des Stromes mit dem Vorderteilen an das linksseitige Landbuch getrieben. Es geriet dabei mit dem Unterbau zum Teil auf den Felsen und wurde in eine schräge Lage gepreßt. Während des Sonntags wurde versucht, das Fahrzeug durch Auspumpen des eingedrungenen Wassers wieder flott zu machen. Man hofft, den Kahn halb abschleppen zu können. Ein Teil der Maisladung wurde gestern noch gelöscht, ein erheblicher Teil dürfte indes verloren sein.

— **Weimar**, 16. März. (Zur Oberschlesienfahrt Erwerbsloser.) Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Erwerbslose, die zur Abstimmung nach Oberschlesien reisen, erhalten die Erwerbslosenunterstützung durch die bisher zuständige Gemeinde nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministers vorschußweise. Auf Kontrolle während der Abwesenheit zur Abstimmung kann verzichtet werden.

— **Eisenach**, 15. März. (Musikerstreik.) Nachdem hier in den Kinos, Restaurants, Kaffees usw. die Musiker in den Ausstand getreten sind, um höhere Lohnforderungen durchzudrücken, wird die organisierte Arbeiterschaft vom Besuche dieser Stätten streng abgehalten. Vor den betreffenden Gebäuden stehen ständig Posten, die große rote Plakate tragen, auf denen die Arbeiterschaft ersucht wird, diese Orte nicht zu betreten. Infolgedessen ist der Besuch bedeutend zurückgegangen.

— **Leipzig**, 15. März. (Eig. Meld.) (Spendgebung der Unabhängigen.) Am Sonntag vormittag fand auf dem Augustusplatz eine Kundgebung der U. S. P. D. statt, die von ungefähr 10 000 Personen besucht war. Ursprünglich waren drei Versammlungen in Lokalen vorgesehen. In letzter Stunde hatte man sie zu einer einzigen öffentlichen Demonstration verschmolzen, um vermutlich auf diese Weise eine starke Beteiligung, die in letzter Zeit zu wünschen übrig gelassen hatte, vortäuschen zu können. Drei Redner sprachen zu der Tagesordnung gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter durch die Entente, für den Weltfrieden und für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen der internationalen sozialistischen Solidarität. Sie schlossen just in dem Moment, als die Kommunisten mit Gesang und dem Sowjetstern vorbeimarschierten, so daß die ganze Veranstaltung bereits nach einer halben Stunde beendet war. Ein Teil der Anwesenden folgte den Kolonnen der Kommunisten zu den Friedhöfen, um dort der Märzgefallenen und den Opfern der Revolution zu gedenken.

Kleine Provinznachrichten

Von den bei dem Zusammenstoß in Hildesheim verunglückten Halberstädter Eisenbahnbeamten sind inzwischen weitere drei gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf sechs erhöht. * Vom Zuge überfahren lassen hat sich der 14jährige Kaufmannslehrling Stefan Ganedi aus Thale. Er starb an den Verletzungen. * Der Bankdirektor Albert Clarke aus London hat den bedürftigen Arbeitern des Kolkwerks Anderbeck eine namhafte Summe überwiesen in dankbarer Anerkennung der guten Kameradschaft während der Kriegsgefangenschaft, in der er auf unserm Kolkwerk gearbeitet hat. * Der Verein ehem. 165er plant die Wiedererstellung eines Kriegerverbandes für 165er. Die Gründungsversammlung soll Mitte Mai stattfinden. Alle früheren Regimentskommandeure sollen Ehrenmitglieder werden. * In der Hauptversammlung des Harzklubzweigvereins Wernigerode wurde eine erfreuliche Zunahme der Mitgli dergahl um 43 auf 468 festgestellt. Der Verein hat wieder zahlreiche Wege ausgebessert und neu beschildert, muß aber, um weiter die Wege in Ordnung zu halten, den Beitrag von 3 M. erhöhen. * Der seitherige katholische Pfarrer D. Adalbert Rieden der Rheingemeinde Lorch ist gestorben. Er war einer der bedeutendsten deutschen Pilzforscher.

H.F. Sportberichte

— **Der 1. F. C. Nürnberg und die Spielvereinigung Fürth** haben mit den führenden Budapester Vereinen M. T. K. und F. T. C. Wettspiele für Pfingsten in Budapest abgeschlossen.

— **Egg—van Kempen Sieger in New-York, Rütt—Lorenz Dritte.** Die Nachricht, daß Rütt und Lorenz den zweiten Platz im New-Yorker Sechstagerennen nach an Brocco—Coburn abtreten mußten, kommt überraschend. Trotzdem haben die beiden Deutschen eine Leistung vollbracht, die aller Ehren wert ist. Lorenz lag am dritten Tage einen gefährlichen Sturz, von dem er sich nicht mehr voll erholte und beendete das Rennen nur unter größten Anstrengungen. Die beiden letzten Tage war Rütt fast größtenteils auf sich selbst angewiesen und mußte sich darauf beschränken, den errungenen Rundenvorsprung festzuhalten, ohne jedoch in den Wertungskämpfen ein erstes Wort mitsprechen zu können. Mit der schweizerisch-holländischen Mannschaft Egg—van Kempen haben die besten Fahrer gesiegt. Brocco—Coburn, die Sieger des letzten New-Yorker Rennens im Dezember schoben sich erst am letzten Tage auf den zweiten Platz vor. Die in 142 Stunden zurückgelegte Strecke betrug 3724 Kilometer. Von 15 gestarteten beendeten 7 Mannschaften das lange Rennen. Das genaue Resultat stellt sich wie folgt: 1. Egg—van Kempen 2236 Punkte, 2. Brocco—Coburn 1817 Punkte, 3. Rütt—Lorenz 1081 Punkte, 4. Lawrence—Thapman 314 Punkte, 5. Smith—Taylor 238 Punkte, 6. Mac Namara—Thomas 220 Punkte, 7. Peel—Lemon 26 Punkte.

— **Die Magdeburger Großrennen-Rahrennen am Ostersonntag werden von Stellbrink, Lowie, Kaselau und Techmer in den Dauerrennen bestritten.**

— **Ein Derby der Lüfte, ever bunds den amerikanischen Kontinent, wird von der amerikanischen Luftliga im Juni oder Juli d. J. veranstaltet.** Der Wettbewerb ist international. Es können alle Flugzeugführer teilnehmen, die im Besitze von Patenten solcher Vereinigungen sind, die der Federation Aeronautique Internationale angehören. Die Preise betragen ca. 100 000 Dollar.

Volkswirtschaft

Der große Kurszettel

ist gestern abend infolge der Durchführung nach Leipzig ausgeblieben. Wir bringen ihn morgen zur Veröffentlichung.

* **Die Magdeburger Bankant schüttet, wie unser Sonderberichterstatter meldet,** nach acht dividendenlosen Jahren für die Vorzugsaktien 7 Prozent für jedes der letzten beiden Jahre, 5 Prozent für die Stammaktien aus.

Waggon- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Busch in Bautzen. A.-G. für Eisenbahnbedarf, Weimar. Die außerordentliche Generalversammlung hat die beantragte Kapitalerhöhung mit der Akt.-Ges. für Eisenbahnbedarf in Weimar genehmigt. Außer der zur Durchführung der Fusion erforderlichen Erhöhung des Kapitals um 2 400 000 M. neue Vorzugsaktien hat die Generalversammlung die Ausgabe weiterer nom. 3 000 000 M. Vorzugsaktien zum Kurse von nicht unter 125 Proz. beschlossen. Sämtliche neuen Vorzugsaktien sind von 1. Oktober 1920 ab dividendenberechtigt. Den Aktionären der Gesellschaft wird ein Bezugsrecht im Verhältnis von 3:1 angeboten werden.

Die Tetralinwerke in Rodleben bei Roßlau, die zum Konzern der Bayerischen Stickstoffwerke Akt.-Ges. gehören, sehen sich infolge mangelnder Aufträge gezwungen, ihren Betrieb stillzulegen. Die Stillegung sollte ursprünglich am 15. d. M. erfolgen. Durch Verhandlungen mit dem amtlichen Wirtschaftsamt ist sie bis zum 15. April hinausgeschoben worden. Es werden hierdurch etwa 500 Arbeiter getroffen. Die Facharbeiter sollen von der Firma weiter beschäftigt werden.

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. Die Ober-Berg- und Hütten-Direktion schreibt: Unser Gewerkenbuch wird zur Vorbereitung der am 5. April stattfindenden Ausbeuteverteilung vom 20. März ab für Umschreibungen geschlossen. Alle nach dem 19. März eingehenden Anträge auf Umschreibung von Kuxen können deshalb erst nach dem Ausbeutezahltage erledigt und folglich für die diesjährige Ausbeutezahlung nicht mehr berücksichtigt werden.

Die deutschen Solvaywerke A.-G. in Bernburg errichten bei Menneritz in der Nähe von Aken ein neues Braunkohlenwerk.

Das der Continentalen Wasserwerks-Gesellschaft A.-G. Berlin gehörige Wasserwerk Artern wird zum 1. April nächsten Jahres von der Stadtgemeinde Artern käuflich übernommen.

* **Wolanwerke A.-G. in Leipzig.** Der Aufsichtsrat beschloß den Ankauf der sächsischen Zahnräderfabrik Max Schütze in Chemnitz und schlägt einer außerordentlichen Hauptversammlung eine Kapitalerhöhung von 0,9 auf 7,5 Millionen Mark vor. Die spätere Einführung des Unternehmens an der Berliner Börse wird beabsichtigt.

Burgener Kunstmühlenwerke und Biscuitfabriken vorm. F. Kriesch A.-G. in Burgen. Wie der Prospekt über die Einführung von 4,5 Mill. M. neuen Aktien und 4 Mill. M. 4½prozentigen Teilschuldverschreibungen an der Leipziger Börse besagt, waren im Januar 1921 sämtliche Abteilungen des neuen Stadtmühlenwerkes in Betrieb genommen, so daß sich nunmehr die Gesamtfabrikation wesentlich erhöht. Soweit sich übersehen läßt, arbeitet die Neuanlage zufriedenstellend und entspricht den gehegten Erwartungen. Ueber die Aussichten läßt sich naturgemäß heute wenig sagen, doch befriedigen die Gesellschaft immerhin die recht gut eingehenden Aufträge. Soweit sich das Unternehmen noch mit den einzelnen Artikeln in der Zwangswirtschaft befindet, ist die Beschäftigung der Anlage gleichmäßig wie bisher.

* **Wochenbericht vom Metallmarkt.** Das Geschäft auf dem deutschen Metallmarkt war in den letzten Tagen, zum Teil auch infolge der Leipziger Messe, welche verschiedenen metallverarbeitenden Branchen neue Aufträge brachte, etwas belebter, jedoch wartet man noch die oberschlesische Abstimmung ab, deren erhofften, für Deutschland günstiger Ausgang eine starke Belebung der Industrie mit sich bringen dürfte. Entsprechend der Devisenlage sind auch die Metallpreise im allgemeinen unverändert. In Kupfer verwiesen Elektrolyt bei 1776 M. und Raffinade bei 1500 auf Qualität bei 1200 bis 1300 M., während Raffinade von 1500 auf 1525 M. hinaufging. In Zink stieg Hüttenzink von 460 auf 475 M. und Rieten-Metalldrahtzink mit 500 M. und Altzink mit 240 M. unverändert. Ebenso behielten alte Preise in Blei Hüttenblei mit 475 M. und Altblei mit 300 M., in Messing handelsübliches Altmessing mit 500 M. und Rohmessing mit 1250 M. (Spielkatspreis) in Aluminium bei sehr stillem Geschäft Hüttenaluminium mit 2750 M. und Aluminiumlegierungen mit 900 bis 1200 M. Ferner behaupteten ihren letzten Preisstand Rotguß mit 1050 M., Antimon mit 675 Mark, Zinn (Banca) mit 4350 M., Nickel mit 4250 M. und Quecksilber mit 6000 M., während Silber, 1000 fein, von 930 auf 950 M. anging. Auch der Schrottmarkt weist keine wesentliche Veränderung auf. Die weiteren Aussichten des Metallgeschäftes sind unbestimmt, da sie gänzlich von der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage abhängen.

Handelsgerichtliche Nachrichten

In das Hallesche Handelsregister Abt. A Nr. 2834 wurde bei der Firma Otto Franz (Hefenfranz) Fachhaus für Backgeräte und Back-Bedarfsartikel in Halle eingetragen: Die Firma ist geändert in: Otto Franz, Fachhaus für Backgeräte und Back-Bedarfsartikel. — Unter Nr. 2964 wurde bei der offenen Handelsgesellschaft Herold u. Schröder in Halle eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann Wilhelm Schröder ist alleiniger Inhaber der Firma. Dem Kaufmann Ernst John in Halle ist Prokura erteilt. — Ferner wurde in Abt. B unter Nr. 60 bei der Firma F. Schmidt, Dampfkesselfabrik Halle a. S., Zweigniederlassung der Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei, vormals Hornung und Rabe, Sangerhausen, mit Zweigniederlassung in Halle eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 14 Januar 1921 sind die §§ 1, 6, 8, 14, 16 und 28 des Gesellschaftsvertrages nach Maßgabe des Protokolls dieser Versammlung geändert. Die Firma lautet jetzt F. Schmidt, Dampfkesselfabrik Halle a. S., Zweigniederlassung der Maschinenfabrik Sangerhausen, Aktiengesellschaft in Halle a. S.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 16. März. Am Produktenmarkt bringt das fortgesetzte Angebot von Bezugsscheinen das Maisgeschäft immer mehr in Verwirrung. Die Preise stellten sich wiederum erheblich niedriger. Bei diesen Verhältnissen konnte es auch in anderen Artikeln zu keiner Unternehmungslust kommen. Der Markt verlief in jeder Hinsicht äußerst trage. Wetter: schön.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 16. März. Hochgradige Lustlosigkeit gab dem Börsenverkehr heute wiederum das Gepräge. Die gedrückte Stimmung hatte ihre Ursache in Befürchtungen hinsichtlich der Wirkungen, die die von den Alliierten angedrohten Zwangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet haben würden. Die Spekulation, die noch in der vergangenen Woche in ziemlich optimistischer Stimmung kauflustig gewesen war, suchte ihren Besitz in Wertpapieren abzustoßen, wobei es zur Kursrückgängen bis etwa 10 Prozent auf den Industriestammarkte kam. Bartriebe hinausgehende Verluste hatten nur wenige Papiere zu verzeichnen, vor allem Buderus, die 31 Prozent, Hoesch, die 15, und Daimler, die 14 Prozent einbüßten. Der Bankaktienmarkt bekundete auch heute gute Haltung, und am Anlagemarkt hat sich der Kursstand kaum verändert. Die Devisenkurse ließen bei unbeständigen Umsätzen eher Neigung zur Abschwächung erkennen.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	16. März	15. März
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	130—140	130—145
„ kleine	120—125	120—125
Futtererbsen	105—115	110—115
Linsen	—	—
Peluschken	95—110	—
Ackerbohnen	110—115	98—105
Wicken	80—95	110—118
Lupinen, blaue	50—55	50—60
„ gelbe	50—52	54—60
Seradella, alte	—	—
„ neue	50—53	52—58
Vicia villosa	—	—
Raps	240	—0—240
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	240—260	240—260
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	49—52	49—52
Torfmelasse	48—50	48—50
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	19—21	20—22
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtzerepaßt	17½—18	18—18½
„ gebündelt	17½—18	17½—18
Roggen-Langstroh	19—20	19½—20½
Runkelrüben	7—8	7—8
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	138	143
„ per März	130	138

Leipziger Notierungen.

Leipzig, den 16. März.

Chemnitzer Bankverein	200,—	Leipziger Malzfabrik	380,—
Leipziger Hypothekenbank	146,50	Mansfelder Kuxe	400,0—
Mitteldeutsche Privatbank	206,—	Oelsnitzer Kuxe	980,—
Cröllwitzer Papierf.	—,—	Pittler, Leipzig	434,—
Glauziger Zuckerfbr.	628,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	8,—	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Hallesche Zuckerraff.	320,—	Riebeckbier	200,—
Portland-Zement	160,—	do. Vorzugsaktien	114,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	380,—	Rositzer Zuckerfabr.	362,—
Körbisdorfer Zukerf.	700,—	Rudolstadter Zementfabrik	185,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	394,—	Sachsenwerk	320,—
		Sondermann & Stier	215,—
		Stöhr & Co.	568,—
		Zimmermann, Halle	168,—
		Zimmermann, Chemnitz	294,—

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 16. März. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	1525	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtwaren)	38,5
Orig.-Hütten-Weichblei	475/480	Zinn (Banca-Straits-Billton)	4250/4300
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	575		4150/4200
Remelted-Platten-Zink	370	Hüttenzinnmind. 99%	3850
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	2725	Reinnickel (98-99%)	4300
		Antimon (Regulus)	675
		Silber in Barren, ca. 900 fein für 1 kg	945/955
		Elektrolytkupfer per 100 kg	1772

Devisen-Notierungen

Berlin, 16. März:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	2110,30	2164,70	New-York	62,55½	62,69½
Brüss.-Antwerp.	457,—	458,—	Paris	498,35	499,45
Christiania	1001,45	1001,55	Schweiz	1072,40	1074,60
Kopenhagen	1070,90	1073,10	Spanien	870,10	871,90
Stockholm	1422,55	1425,45	Wien (altes)	—,—	—,—
Helsingfors	158,80	159,20	Oesterr. abgest.	14,83½	14,89½
Italien	232,25	232,75	Prag	81,90	82,10
London	245,25	245,75	Budapest	15,33	15,37

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	—,—
4% Deutsche Schutzscheine VI—IX	72,—	Deutsche Erdöl	—,—
5% Deutsche Reichsanl.	77,50	Deutsche Gasglühl.	—,—
4% „ „	66,20	Deutsche Kali	340,—
3½ „ „	65,30	Deutsche Waff. u. Mun.	160,—
3% „ „	43,30	Donnersmarkhütte	602,—
4 Preuss. Konsols	63,75	Döring u. Lehrmann	228,—
3½ „ „	57,10	Dürkoppwerke	320,—
3 „ „	43,30	Elberfelder Farben	434,—
4 Chart. Stadtanl. 09/29	93,—	Engelhard Brauerei	378,—
4 Magdeb Stadtanl. 01/06	—,—	Felten u. Guilleaume	473,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	222,50
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	27,20	Gebhardt u. Co.	345,—
3 „ „	27,75	Gebhardt u. König	—,—
2 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	90,80	Gelsenkirch. Bergb.	428,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	91,80	Glanziger Zuckerfbr.	610,—
4% Dessauer Gas-Oblig.	104,10	Hallesche Masch.-Fabr.	600,—
4 „ „	82,—	Hann. Masch.	316,—
Ausländ. Werte		Harpener Berg	448,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	—,—	Hasper Eisen	—,—
4 Ungar. Gold-Rente	—,—	Hirsch Kupfer	375,—
4 Ungar. Kronen-Rente	—,—	Richster Farbw.	421,—
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	745,—
Halberstadt-Blankemb.	—,—	Hohenlohe-Werke	3 0 80
Halle-Hettstedter	65,50	Humboldt-Masch.	197,75
Schantungbahn	540,—	Ilse-Bergbau	1 46,—
Allg. Lokal-Str	115,50	Kahla-Porzellan	590,—
Gr. Berl. Str.	—,—	Kalkw. Aschersleben	327,—
Magdeburger Str.-B.	123,—	Körbisd. Zucker-Akt.	700,—
Lux. Prior. Reinrich.-B.	—,—	Kyffhäuserhütte	307,—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	318,—
Hambg. Paketfahrt	158,—	Leinkirch. Bergb.	310,50
Hambg.-Südamerika	462,—	Laurahütte	268,—
Hansa-Dampfschiff	321,—	Lingel Erfurt	—,—
Nordd. Lloyd	174,—	Linke u. Hofmann	439,75
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	311,—
Bank für Thür.	184,75	Lothringer Hütte	394,—
Berl. Handelsges.	242,—	Mannesmannröhren	361,—
Comm u. Diskontobank	213,50	Maschinenfabr. Rudolph	550,25
Darmstädter Bank	181,50	Oberschl. Eisenb. Bed.	319,—
Deus. Landesbank	150,50	do. Caro Reg.	3 1,25
Deutsche Bank	3 0,50	do. Kokswerke	318,50
Diskonto-Comm.	252,50	Orenstein u. Koppel	514,—
Dresdner Bank	217,—	Phönix-Bergb.	69,50
Credit-Anst. Leipzig	189,50	Rhein. Metall-Vorz.	3 0,80
Mitteld. Kredit ank	18,25	Rhein. Stahlwerke	323,—
„ Privat-Bank	9,2—	Riebeck. Montan	4,8—
Nationalbank	208,—	Romscher Hütten	221,—
Oesterr. Kredit	56,25	Rositzer Brank.	445,—
Reichsbank	149,—	Rositzer Zucker	361,—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	704,—
Schultheiss-Brauerei	408,—	Hugo Schneider u. Co.	345,—
Akt. f. Anilin	424,—	Schuckert u. Co.	330,75
Allgem. Elektr.-Ges.	279,50	Siemens u. Halske	395,50
Ammendorfer Papierf.	780,—	Stettiner Chamotte	5,50
Anhalter Kohlenw.	362,—	Stettiner Vulkan	228,—
Annaburger Steingut	678,—	Stollberger Zink	432,—
Bautzen Antilin	114,—	Strala. Spielkarten	—,—
Bergmann Elekt.-Akt.	311,—	Terra, Samen-A.-G.	236,—
Berl. Masch.-Bau	323,—	Thale-Eisenhütte	732,—
Bismarckhütte	631,—	Triptis-Akt.-Ges.	235,—
Bochumer Gußstahl	441,75	Türkische Tabakregie	335,—
Chem. Fabrik Buckau	425,—	Ver. Köln-Rottweiler	3,0,—
Chem. Griesheim	387,50	Glanzstoff Elberf.	—,—
Chem. Heyden	386,—	Wanderer u. Bühner	255,—
Consolidation Schalke	7 9,—	Werch.-Weissenf. Brk.	480,—
Cröllwitzer Papierfabr	485,—	Westeregeln-Alkali	508,—
Daimler Motoren	218,—	Wittener Gußstahl	—,—
Deutsch-Luxemburg	305,25	Wrede-Mälzerei	201,—
		Zeitzer Masch.	714,—
		Zellstoff Waldhof	384,75
		Otavi-Minen	54,—

Tendenz: schwach

Hauptschriftleiter Hermann Göttsche.
Verantwortlich für politisch Nachrichten Hans Geitling, für Wirtschaftsteil, Feuilleton und Sport Hans Geitling, für den übrigen Inhalt verantwortlich Karl Gerth Göttsche. Für den Anzeigenteil Paul Barthen, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192103171-10/fragment/page=0004